

DIE KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE IN BAYERN

Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Bezirketag

Ausschließlich per E-Mail: mpr-buero@stk.bayern.de

Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Markus Söder, MdL
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

München, 16.06.2025

Sondervermögen Infrastruktur des Bundes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Markus,

inzwischen liegt der Referentenentwurf zur Ausgestaltung des Sondervermögens-Anteils von 100 Mrd. Euro für Länder und Kommunen vor. So sehr wir diese Anschubfinanzierung für unsere Wirtschaft begrüßen, so sehr kritisieren wir den Inhalt der vom Bundesfinanzminister vorgelegten Regelung:

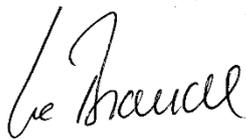
- Für Länder und Kommunen sollten keine strengeren Regeln gelten als für den Bund. Dies gilt insbesondere für das Zusätzlichkeitskriterium. Es wäre konsequent, dieses Kriterium für Länder und Kommunen ersatzlos zu streichen, weil auch das Grundgesetz dieses nicht vorsieht. Hilfsweise muss das Kriterium – wie beim Bund mit 10 % – so ausgestaltet werden, dass es keine echte Hürde darstellt. Denn aus Sicht der Wirtschaft ist jeder investierte Euro aus dem Sondervermögen ein „zusätzlicher“ Wachstumsimpuls.
- Durch die vorgesehene Regelung zur „Zusätzlichkeit“ werden die geplanten Wachstumsziele mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlt: Länder und Kommunen mit bislang niedriger Investitionsquote sind finanzschwach und werden aufgrund der unverändert hohen strukturellen Defizite in den Verwaltungshaushalten die notwendigen Ei-

genmittel nicht aufbringen können. Länder und Kommunen mit bereits hoher Investitionsquote (wie Bayern) werden dafür „bestraft“ und können diese Quote nicht beliebig weiter erhöhen.

- Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht eine „unbürokratische Förderlandschaft des Bundes“ vor. Die im Referentenentwurf vorgesehenen Anforderungen an die Mittelverwendung, Nachweis- und Berichtspflichten etc. sollten daher auf das absolute Minimum beschränkt werden.
- Zudem bedarf der Gesetzentwurf einer Umgestaltung dahingehend, dass den Ländern bei der Mittelweiterleitung an die Kommunen deutlich mehr Freiheiten eingeräumt werden. Wir favorisieren nach wie vor einen schnellen und unbürokratischen Weg bei der Verteilung an die Kommunen.

Wir bitten Dich, bei den anstehenden Gesprächen mit dem Bund auf eine kommunalfreundliche Ausgestaltung, die letztlich genauso auch im Interesse Bayerns ist, hinzuwirken. Bereits jetzt danken wir Dir dafür ganz besonders.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Uwe Brandl

Präsident
BAYERISCHER GEMEINDETAG



Markus Pannermayr

Oberbürgermeister
Vorsitzender
BAYERISCHER STÄDTETAG



Thomas Karmasin

Landrat
Präsident
BAYERISCHER LANDKREISTAG



Franz Löffler

Bezirkstagspräsident
Präsident
BAYERISCHER BEZIRKETAG